

KANTONALE WAHLEN VOM 27. MÄRZ 2022

Zuversichtlich in die Regierungs- und Grossratswahlen



Regierungsratskandidatin Christine Grogg und die zehn wiederkandidierenden EVP-Grossratsmitglieder der EVP.

AZB 3001 Bern
DIE POST



Am 27. März 2022 werden im Kanton Bern der Grosse Rat und der Regierungsrat neu gewählt. Als EVP wollen wir die bisherigen zehn Grossratsmandate halten und in den Wahlkreisen Seeland und Mittelland-Nord je einen Sitz dazugewinnen. Die EVP ist für die Wählerinnen und Wähler eine attraktive Alternative zu den Parteien der beiden grossen politischen Blöcke.

Das Bedürfnis nach lösungsorientierter, deblockierender Politik war vermutlich noch nie grösser als heute. Spaltung bringt uns nicht weiter. Als EVP-Fraktion engagieren wir uns mit je fünf Grossrätinnen und Grossräten im Rathaus als verbindende und ausgleichende politische Kraft. In der laufenden Legislatur setzten die EVP-Grossratsmitglieder in den Bereichen

Bildung, Umwelt, Energie und Digitalisierung zukunftsgerichtete Akzente. Alle bisherigen zehn EVP-Ratsmitglieder (Vorstellung auf Seite 6) stellen sich am 27. März zur Wiederwahl. Bei den Regierungsratswahlen steigt die EVP mit der Oberaargauer Bäuerin und Grossrätin Christine Grogg ins Rennen. Als echte Mittepolitikerin will sie in der Regierung Brücken zwischen

den politischen Blöcken schlagen und sich für mehr Miteinander im Kanton einsetzen.

Danke für Ihre Unterstützung!

Die Wahlbeteiligung wird vermutlich wie bei den letzten Wahlen nur rund 30 % betragen. Für uns als EVP mit einer sehr treuen Basis stellt dies eine grosse Chance dar. Gelingt es uns, die

«eigenen» Leute zu mobilisieren und zum Wählen zu motivieren, sind eine klare Steigerung des Wählendenanteils und damit Sitzgewinne möglich. Vielen Dank, wenn Sie uns dabei unterstützen.

*Ruedi Löffel, Co-Geschäftsführer
EVP BE, alt Grossrat
Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer
EVP BE, Grossrat*

PAROLEN 13. Februar 2022

Infos:
evp-be.ch und evppev.ch/abstimmungen

	Motorfahrzeugsteuer	JA
	Initiative gegen Tier- und Menschenversuche	NEIN
	Initiative zum Schutz vor Tabakwerbung	JA
	Gesetz über Stempelabgaben	NEIN
	Gesetz zur Medienförderung	JA

ABSTIMMUNGEN 2, 3, 5

Die Stimmberechtigten entscheiden am 13. Februar über vier nationale und kantonale Abstimmungsvorlagen.

WAHLRÜCKBLICK 4

Bei den Gemeindewahlen vom Herbst 2021 sicherte sich die EVP 12 Exekutiv- und 13 Parlamentsmandate.

STATEMENTS 6, 8

Zehn Grossratsmitglieder und zehn junge Kandidierende erklären ihre Anliegen an die kantonale Politik.

INTERVIEWS 7

Ein Hotelier aus Adelboden und eine Grossrätin aus Burgdorf stellen sich den Fragen der «Berner EVP».



Fehlerkultur

«Die schlimmsten Fehler werden in der Absicht gemacht, einen begangenen Fehler wieder gutzumachen.» (Jean Paul)

Fehler werden gemacht. Die Frage ist: Wie gehen wir damit um? Der Begriff Fehlerkultur bezeichnet die Art und Weise, wie Gesellschaften, Kulturen und soziale Systeme mit Fehlern, Fehlerrisiken und Fehlerfolgen umgehen. Bei Fehlern sind Kritiker/innen nicht weit. Das erfahren wir bei den Massnahmen zur Coronapandemie und anderen politischen Entscheidungen, am Arbeitsplatz oder in der Familie. Ich weiss nicht, woher das rührt, dass wir oft genauso reagieren, wie es das Zitat oben beschreibt. Bereits in der Volksschule lernen wir, was die Haltung bezüglich Fehlerkultur ist. Eine gute Kultur lässt Fehler und vor allem Fehlerentschuldigung zu. Dies umzusetzen fällt uns schwer, denn Fehler machen ist nicht angesehen und wird als Schwäche ausgelegt. Gerade als Christ/in muss unser Umgang mit Fehlern aber ein anderer sein: «Denn so ihr den Menschen ihre Fehler vergebt, so wird euch euer himmlischer Vater vergeben» (Matthäus 6,14).

Am 27. März 2022 stehen die Grossratswahlen an. Die EVP hat als Mitte-Partei linke und rechte Flügel. Es sollte nicht dazu kommen, dass wir andere politische Schwerpunkte als Fehler beurteilen und die betreffenden Personen deshalb nicht wählen. Dies liesse sich im Falle verlorener Sitze nachträglich kaum wieder gutmachen. Lasst das nicht zu, sondern stellt euch geschlossen hinter alle Kandidierenden, denn gemeinsam sind wir stark.

Beatrice Kuster Müller, Vizepräsidentin EVP Kanton Bern

Kinder vor dem Rauchen schützen



Einstimmig fasste die EVP die Ja-Parole zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung». Die wichtigsten Gründe:

- Junge Menschen sind ein gutes Zielpublikum für die Tabakindustrie. Denn langjährige Kundschaft ist ihnen gewiss. 57 % der rauchenden Bevölkerung hat bereits vor dem 18. Lebensjahr begonnen, regelmässig zu rauchen. Cool, lässig und vieles mehr: Diese Tabakwerbung ist verführerisch und muss unterbunden werden.
- Studien zeigen: Es besteht ein Zusammenhang zwischen Tabakwerbung und dessen Konsum. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass gezielte Werbeeinschränkungen in Gratiszeitungen, Kiosken, Internet oder Social-Media-Plattformen sowie Festivals Jugendliche vom Konsum abhalten können.



Margret von Bergen

- Die Folgekosten des Rauchens sind enorm, man spricht von 3 Milliarden Franken pro Jahr an direkten Gesundheitskosten. Dieses Geld setzen wir besser gesundheitsfördernd ein.

Das Tabakproduktegesetz (Gegenvorschlag) verbietet zwar die Werbung im Kino und auf Plakaten. In Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet und damit

« Tabakwerbung ist genau dort erlaubt, wo besonders viele Jugendliche unterwegs sind.

auf allen Social-Media-Plattformen sowie an Festivals bleibt sie jedoch weiterhin erlaubt – also genau dort, wo besonders viele Jugendliche unterwegs sind. Es geht um den ganzheitlichen Schutz von jungen Menschen. Dieser kann mit einem «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder ohne Tabak)» erreicht werden.

Margret von Bergen
Grossrätin, Uetendorf

ANZEIGEN

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»
lepramission.ch

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Sauber fahren – Steuern sparen!

Ja Am 13. Februar 2022 zur ökologischen Motorfahrzeugsteuer

Spendenbarometer

Die EVP braucht auch 2022 Ihre Unterstützung

Freude herrscht! Für das Jahr 2021 sind total 173 305 Franken an Spenden eingegangen (Stand vom 17. Dezember 2021). Damit wurde das Jahresziel von 170 000 Franken übertroffen. Besten Dank für Ihre Treue und «vergelt's Gott».

Für das neue Jahr 2022 sind wir weiterhin auf Ihre Unterstützung angewiesen. Zur Finanzierung der Parteiarbeit und der kantonalen Wahlen vom 27. März 2022 benötigen wir total 160 000 Franken an Spenden. Mit Ihren Beiträgen helfen Sie mit, dass die EVP die zentralen politischen Weichenstellungen auch in Zukunft mitprägen kann.

EVP Kanton Bern
PC 30-20312-1

Klare Positionen der EVP



Die schweizerische und die kantonale EVP fassten mit stets deutlichem Mehr die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 13. Februar: Nein zur Abschaffung der Stempelabgaben und zum totalen Tierversuchsverbot, Ja zur Medienförderung und zum Schutz der Jugend vor Tabakwerbung (vgl. Seite 2).

Steuergerechtigkeit als oberstes Gebot

Stempelabgaben werden auf die Herausgabe von Wertpapieren (Aktien) bei der Gründung oder Kapitalerhöhung von Unternehmen erhoben. Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben soll nun die sogenannte Emissionsabgabe ersatzlos gestrichen werden. Ursprünglich wollte eine Parlamentsmehrheit in drei Schritten alle Stempelabgaben streichen, aufgrund des Drucks durch das Referendum wurden Schritte 2 und 3 nun vorerst einmal «sistiert». Die Emissionsabgabe ist

eine Steuer, die bei der Zeichnung von Aktien anfällt. Somit werden Steuern bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Umsetzung von Innovationen erhoben. Diese Logik ist auf den ersten Blick tatsächlich störend. Wer Aktien besitzt, kann diese in der Regel mit Gewinn weiterverkaufen. Da in unseren Steuergesetzen die Besteuerung von Vermögensgewinnen nicht vorgesehen ist, sind diese Beträge steuerfrei. Wenn der Staat nun bei der Erzeugung dieser Titel auf Abgaben verzichten

möchte, müssten zwingend die beim Verkauf erzielten Gewinne besteuert werden. Einer Abschaffung der Stempelabgaben ohne entsprechende Massnahmen bei den Gewinnen kann ich persönlich nicht zustimmen. Die Steuergerechtigkeit ist für mich das oberste Gebot in diesen anspruchsvollen Regelwerken. Die jetzige Abgabe von 1 % ab einer Kapitaleinlage von 1 Million Franken ist bei der Ansiedlung von Firmen nicht von Bedeutung.

Markus Wenger, Grossrat, Spiez



Markus Wenger

Medienpaket für eine starke Demokratie



Barbara Streit-Stettler

Die Medienlandschaft ist im Umbruch, der Inseratenmarkt in den Printmedien ist praktisch zusammengebrochen und Bezahlmedien verlieren an Auflage. Grosse Medienkonzerne legen Lokal- und Regionalzeitungen zusammen und dünne die Redaktionen vor Ort aus. Ausländische Social-Media-Plattformen entziehen hiesigen Medien die Werbeeinnahmen und verbreiten gleichzeitig anstelle von seriösem Journalismus demokratiegefährdende Falschinformationen. Auf der anderen Seite zeigt es sich,

dass lokale Qualitätsmedien unabdingbar sind, damit Demokratie auch lokal und regional funktioniert und sich Stimmbürgerinnen und -bürger zu Wahlen und Abstimmungen eine Meinung bilden können. An der Uni Zürich wurde zum Beispiel nachgewiesen, dass die Höhe der Wahlbeteiligung vor Ort direkt mit der lokalen Berichterstattung zusammenhängt. Deshalb haben Bundesrat und Parlament ein Massnahmenpaket von rund 150 Millionen Franken für die nächsten sieben Jahre geschnürt.

Es soll die Medien vorübergehend in der digitalen Transformation und in der Lancierung neuer Geschäftsmodelle unterstützen und damit vor allem auch die regionale Medienvielfalt stärken. Die Trennung von Staat und Medien bleibt dabei gewahrt, Gratismedien sind von der Förderung ausgeschlossen. Gegen dieses Paket wurde von Seiten SVP und FDP das Referendum ergriffen. Die EVP empfiehlt es Ihnen hingegen zur Annahme. *Barbara Streit-Stettler, Grossrätin, Bern*

Keine Güterabwägung mehr möglich

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» fordert ein bedingungsloses Verbot für Tierversuche und Forschung am Menschen. Sie verlangt zudem ein Handels- und Importverbot aller Produkte, für die Tierversuche direkt oder indirekt durchgeführt werden. Damit wäre eine Güterabwägung künftig nicht mehr möglich. Die Schweiz tut bereits heute einiges dafür, die Anzahl an Tierversuchen kontinuierlich zu senken. Ziel des in der Schweizer For-

schung geltenden sogenannten 3R-Prinzips ist es, Tierversuche möglichst vollständig zu vermeiden (Replacement) sowie die Zahl der Tiere (Reduction) und ihr Leiden (Refinement) in Versuchen auf das unerlässliche Mass zu beschränken. Die Tierschutzverordnung erlaubt bereits heute nur noch dann Tierversuche, wenn der angestrebte Erkenntnisgewinn nicht mit Alternativmethoden erzielt werden kann. Die Delegierten der EVP Kanton Bern haben sich sehr klar gegen

diese zu weit gehende Initiative ausgesprochen. Mit ihr wäre künftig keine Güterabwägung mehr möglich. Auch dann nicht, wenn Forschung an Mensch und Tier zum Erhalt oder Schutz des Lebens dienen soll und keine alternativen Ersatzmethoden zur Verfügung stehen. In der Schweiz nicht mehr zugelassene Medikamente könnten nicht mehr importiert werden, was zu gefährlichen Versorgungsproblemen führen könnte.

Philippe Messerli, Grossrat, Nidau



Philippe Messerli

EVP-Vertreter/innen in 15 Gemeinden



Die EVP konnte sich bei den Gemeindewahlen 2021 im vergangenen Herbst erfreulich gut behaupten. Insgesamt konnten 12 Gemeinderats- und 13 Parlamentssitze sowie zusätzlich diverse kommunale Kommissionsmandate erzielt werden.

DIE GEWÄHLTEN GEMEINDERATSMITGLIEDER



Johannes Wenner
Aegerten



Barbara Stotzer-Wyss
Büren an der Aare



Markus Gossen
Frutigen



Christine Hofer
Grosshöchstetten



Markus Spahr
Grosshöchstetten



Vanessa Staub
Jegenstorf



Therese Schürch
Konolfingen



Werner Fuchser
Münsingen



Jasmine Hari
Oberdiessbach



Priscilla Furrer
Oberdiessbach



Stefan Gerber
Studen



Michael Zürcher
Thunstetten-Bützberg

Klares Highlight des kommunalen Wahlherbstes ist der Sitzgewinn in Oberdiessbach, wo neu nebst Jasmine Hari auch Priscilla Furrer in den Gemeinderat gewählt wurde. Zudem wird in Aegerten mit Johannes Wenner erstmals ein EVP-Mitglied in der Exekutive Einsitz nehmen. Ein starkes Resultat erzielte auch die EVP Münsingen, welche trotz aussergewöhnlich hoher Stimmbeteiligung von 51,0 % (2017: 36,2 %) aufgrund der nationalen Abstimmungen bei den Parlamentswahlen den Wählendenanteil halten und ihre Parteistimmen von 11 073

auf 15 885 ausbauen konnte. Zu den bisherigen Exekutivsitzen in Büren, Frutigen, Grosshöchstetten, Jegenstorf, Konolfingen, Münsingen, Studen und Thunstetten kommen die Mandate in Oberdiessbach sowie Aegerten (je +1) dazu. Zudem wurde in Grosshöchstetten Christine Hofer als Gemeindepräsidentin bestätigt. In den kommunalen Parlamenten erzielte die EVP je drei Mandate in Langnau, Lyss und Münsingen sowie deren zwei in Köniz und Nidau.

*Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindewahlen*

DIE WAHLEN IM ÜBERBLICK

Büren a. A.: GR 1 (=) / 23,0 % (+7,0 %); Kommissionen 1 (+1).

Fraubrunnen: GR 0 (=) / 8,8 % (-1,8 %); Kommissionen 1 (=).

Frutigen: GR 1 (=) / 11,2 % (+0,6 %).

Grosshöchstetten: GR 1 (=) + Gemeindepräsidium / 17,0 % (-5,5 %), Kommissionen 1 (=).

Herzogenbuchsee: GR 0 (=) (überparteiliche Liste); Kommissionen 1 (=).

Jegenstorf: GR 1 (=) / 13,7 % (+0,5 %); Kommissionen: 1 (=).

Köniz: GR 0 (=) / 5,5 % (-0,3 %); Parlament: 2 (-1) / 5,4 % (-0,9 %).

Konolfingen: GR 1 (=) / 13,7 % (-1,1 %).

Langnau: GR 0 (=) / 7,3 % (-0,1 %); Parlament 3 (=) / 7,3 % (-0,1 %).

Lyss: GR 0 (=) / 8,1 % (-0,4 %); Parlament 3 (=) / 8,1 % (-0,1 %).

Münsingen: GR 1 (=) / 13,0 % (-1,2 %); Parlament 3 (-1) / 11,3 % (-0,1 %).

Nidau: GR 0 (-1) / 8,9 % (-1,4 %); Parlament 2 (=) / 6,7 % (-1,0 %).

Oberdiessbach: GR 2 (+1) / 22,0 % (+7,0 %); Kommissionen 2 (=).

Thunstetten: GR 1 (=) / 21,3 % (+0,1 %); Kommissionen 6 (+3).

Studen: GR 1 (=) (überparteiliche Liste).

Wohlen: GR 0 (=) / 3,0 % (+0,0 %).

GR = Gemeinderat; GGR = Grosse Gemeinde

ANZEIGEN

SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN
Sie können helfen!
www.mercyships.ch

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

REMAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

PROSPERITA
Die christlich-ethische
Pensionskasse
www.prosperita.ch

Strassenfahrzeuge zeitgemäss besteuern



In den letzten Jahren hat sich der Automobilmarkt stark verändert. Es kamen deutlich stärkere und schwerere Autos und mehr 4x4-Fahrzeuge auf den Markt. Das führt zu mehr Schadstoffausstoss und Schäden an der Strasseninfrastruktur.



Hanspeter Steiner

Seit 2013 stieg der Anteil Autos mit der schlechtesten Energieeffizienz G von 6,3 % auf 30,5 %.

Das Durchschnittsgewicht erhöhte sich von 1502 auf 1692 kg. 2021 wurden aber auch 70 % mehr Elektroautos in Verkehr gesetzt als 2020. Heute werden kleinere und leichte Automobile überdurchschnittlich besteuert. Das ist ungerecht und motiviert nicht zum Umstieg auf umweltfreundlichere Fahrzeuge.

All diese Veränderungen und der vom Volk gutgeheissene Klimaschutzartikel in der Berner Verfassung bewogen den Regierungsrat, das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge anzupassen. Der Gesetzesvorlage zugrunde liegt

eine vom Grosse Rat 2019 angenommene Motion für eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer.

Die Gesetzesänderung sieht vor, schwere Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoss stärker zu belasten. Gewerblich und landwirtschaftlich genutzte Fahrzeuge werden verschont. Elektroautos sollen gemäss Verursacherprinzip nach Gewicht besteuert werden. Die Ratsmehrheit ist überzeugt, dass eine Besteuerung der Fahrzeuge nach Gewicht und CO₂-Ausstoss eine umweltpolitisch angestrebte Lenkungswirkung erreichen kann.

Der Kanton rechnet mit Mehreinnahmen von 40 Millionen Franken. Diese sollen zur Senkung der Steuern für natürliche Personen verwendet werden.

Die Gesetzesänderung setzt nötige finanzielle Anreize, ist zeitgemäss und berücksichtigt den Technologiewandel.

**Sauber fahren,
Steuern sparen.**

**Ja zur modernen
Fahrzeugsteuer!**

*Hanspeter Steiner
Grossrat, Vechigen*

AUS DEM GROSSEN RAT

Reich befrachtete Wintersession



Die Traktandenliste der Wintersession war reich befrachtet. Die Session begann mit einer Diskussion über die Schutzmassnahmen in Bezug auf Covid-19. Die Ratsmitglieder entschieden, während der Session eine Maske zu tragen. Zudem liess sich die Mehrheit der Abgeordneten freiwillig testen.

Die Session wurde von einem Tag der Zweisprachigkeit geprägt. Die meisten Ratsmitglieder, darunter **Christine Grogg**, machten sich die Mühe, in der jeweils anderen kantonalen Amtssprache zu sprechen. Im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PH) wurde heftig darüber diskutiert, ob Personen mit einer Berufsmatur prüfungsfrei an die PH zugelassen werden sollen. Der Rat sprach sich trotz Bedenken der Mehrheit der EVP-Fraktion für diese Erleichterung aus.

Philippe Messerli engagierte sich erfolgreich für die Einführung des aktiven Stimmrechtsalters 16. Das letzte Wort obliegt nun dem Berner Stimmvolk.

Tom Gerber forderte das

Plenum auf, den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Verkauf der Parzelle Vierfeld zu akzeptieren, auch wenn der Kanton nie erfahren wird, wie viele Millionen er bei diesem besonders schlecht dokumentierten Immobiliengeschäft verloren hat.

Tabea Bossard-Jenni setzte sich beim Energiegesetz erfolglos für einen Solarenergieartikel sowie für ein Verbot von neuen Ölheizungen ein. Nun werden wir ein Gesetz erhalten, das in die richtige Richtung geht, aber mit einer Politik der ganz kleinen Schritte.

Die EVP-Fraktion setzte sich im Rahmen der Budgetdebatte erfolgreich für eine Erhöhung der Fördergelder zugunsten der

Energiewende ein. **Barbara Streit-Stettler** sprach sich im Namen der Fraktion mehrheitlich sowohl gegen Begehren nach grösseren Mehrausgaben als auch gegen Forderungen nach Steuererhöhungen aus. Allerdings hätten wir uns höhere Lohnmassnahmen für das Pflegepersonal gewünscht. Der Grosse Rat stimmte schliesslich dem Budget zu, obwohl es ein grosses Defizit von mehr als 80 Millionen Franken aufweist.

Hanspeter Steiner setzte sich dank einer starken Mitte-Allianz mit viel Engagement und schliesslich erfolgreich dafür ein, dass abgewiesene Asylsuchende auch dann Nothilfe erhalten, wenn sie bei Privatpersonen untergebracht sind.



Tom Gerber

Es konnten nicht alle Traktanden abgehandelt werden. Wegen der grossen Geschäftslast wird es im Frühling eine zusätzliche Sessionswoche geben.

*Tom Gerber
Grossrat, Reconville*

GROSSRATSWAHLEN VOM 27. MÄRZ 2022

Engagierte EVP-Fraktion

Die «Berner EVP» wollte von den Grossratsmitgliedern der EVP wissen, wofür sie sich in der letzten Legislatur besonders eingesetzt haben.

ÉLECTIONS AU GRAND CONSEIL DU 27 MARS 2022

Un groupe PEV engagé

Le « PEV bernois » voulait savoir de la part des membres du PEV au Grand Conseil quel était leur engagement particulier au cours de la dernière législature.



«Als Gesundheitspolitikerin habe ich mich dafür eingesetzt, dass soziale Ungleichheit im Gesundheitswesen reduziert, das Rathaus für Menschen mit Behinderung barrierefrei und sicherer sowie die Prävention von Menschenhandel griffiger wird.»

Melanie Beutler, Gwatt



«La commission de gestion a été la priorité de mon engagement. J'ai plaisir à avoir permis de modifier le mode électoral du CJB et j'attends impatiemment la base légale pour combattre efficacement les néophytes et les plantes indésirables.»

Tom Gerber, Reconviiler



«In den knapp zwei Jahren im Grossen Rat habe ich mich für Umwelt- und Energiethemen eingesetzt. Neben den von mir (mit-)eingereichten Vorstössen habe ich mich für den Klimaartikel in der Verfassung sowie für das revidierte Energiegesetz stark gemacht.»

Tabea Bossard-Jenni, Burgdorf



«Meine Forderung, nicht mehr benötigte Fonds aufzulösen und für eine nachhaltige Investitionsplanung einzusetzen, wurde kürzlich umgesetzt. Ebenso habe ich mich mit zwei Vorstössen für eine Vereinfachung des Finanz- und Rechnungswesens engagiert.»

Hans Kipfer, Münsingen



«Ich habe mich für den Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen, mehr Chancengerechtigkeit in der besonderen Volksschule, verbesserte Rahmenbedingungen für Lehrpersonen, eine gute Gesetzesgrundlage für Kinder in Pflegefamilien und die Rechte Behinderter eingesetzt.»

Christine Grogg, Bützberg



«Seit einem Jahr darf ich wieder im Grossen Rat aktiv sein. Als Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen war ich an der Erarbeitung der Vorlagen für das Stimmrechtsalter 16 und für die Digitalisierung der Verwaltung beteiligt.»

Philippe Messerli, Nidau



«Am 7. März 2021 feierten wir einen Erfolg: Das Berner Volk lehnte die vier Sonntagsverkäufe ab, die die Mehrheit des Grossen Rates gewollt hatte. Mit diesem Veto schützten wir nicht nur Angestellte im Detailhandel, sondern alle, die am Sonntag ausruhen wollen.»

Barbara Streit-Stettler, Bern



«Ich habe mich im Grossen Rat erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch privat untergebrachte abgewiesene Asylbewerber acht Franken Nothilfe pro Tag erhalten. Wichtige Geschäfte waren zudem das kantonale Energiegesetz und die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer.»

Hanspeter Steiner, Vechigen



«Ich habe mich als Grossrätin besonders für eine Stärkung der Palliative Care, die Bekämpfung des Pflege-Fachkräftemangels, die Sicherung der spitalexternen Versorgung und eine bessere Abgeltung der Betreuungsleistungen von Menschen mit Demenz engagiert.»

Margret von Bergen, Uetendorf



«Mein Einsatz in der laufenden Legislatur galt vor allem der Asylsozialhilfe für privat Untergebrachte, einer umweltfreundlicheren und gerechteren Motorfahrzeugsteuer sowie einer besseren Raumplanung im ländlichen Raum und generell gerechteren Steuern.»

Markus Wenger, Spiez

René Müller, Adelboden



René Müller führt seit 21 Jahren das von der Evangelisch-methodistischen Kirche (EMK) gegründete Hotel Alpina in Adelboden. Der gelernte Hotelier und vierfache Familienvater ist Vize-Gemeindepräsident von Adelboden und VR-Präsident bei zwei wichtigen Tourismusorganisationen in der Region.



René Müller

Haben sich die Bedürfnisse im Tourismus in den letzten 20 Jahren geändert?

Es hat sich vieles verändert. Die Gäste werden anspruchsvoller, die Buchungen kommen kurzfristiger und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist markant kürzer geworden. Durch die Digitalisierung werden

«**Wir leben den Glauben nicht plakativ, sondern integrieren die christlichen Werte in den Betrieb.**»

wir viel vergleichbarer betreffend Preisen, Angeboten und Gästebewertungen, was unsere Arbeit komplexer macht und uns fordert. Zudem ist unsere Kundschaft (vor Corona) internationaler geworden.

Die Arbeit eines Geschäftsführers ist eigentlich nie beendet. Es gibt immer noch etwas zu erledigen. Wie schützt du dich vor einem Burnout?

Der Druck auf den Chef ist tatsächlich eine grosse Herausforderung, vor allem auch in der

momentanen Situation. Ich habe in meiner Frau Heidi eine grosse Stütze. Das Zusammensein mit der Familie ist für mich sehr wichtig. Mein Glaube an Gott gibt mir Zuversicht und auch in der Natur finde ich einen guten Ausgleich.

Das Leitbild des Hotels Alpina weist «christlicher Spiritualität» einen hohen Stellenwert zu. Kommt es vor, dass Gäste überrascht sind, wenn sie merken, dass das Alpina ein christlich geführtes Hotel ist?

Wir leben den Glauben nicht plakativ, sondern integrieren die christlichen Werte in den Betrieb. Unsere Gäste realisieren dies oft nur unterbewusst. Die meisten reagieren positiv. Sie schätzen den angenehmen Umgang im Hotel. Negative Rückmeldungen habe ich in den letzten 20 Jahren kaum erhalten.

Wie habt Ihr die Pandemie wirtschaftlich gemeistert?

Das Hotel Alpina ist einigermaßen glimpflich durch die Pandemie gekommen. Dank Kurzarbeitsentschädigung, Corona-Kredit und vielen treuen Stammgästen. Wir haben in den letzten beiden Geschäftsjahren zwar ein Defizit erarbeitet, hatten aber zwei gute Vorjahre. Die Unsicherheit und die aktuell angespannte Arbeitssituation im Gastgewerbe bleiben jedoch grosse Herausforderungen. In alledem durften wir aber auch das Durchtragen im Glauben erfahren und viele positive und ermutigende Rückmeldungen der Gäste entgegennehmen.

Interview:

Susanne Gutbrod-Kunkler

Einsatz für Nachhaltigkeit



Die 33-jährige Betriebsökonomin FH Tabea Bossard-Jenni hat eine leitende Stellung in der Firma Jenni Energietechnik AG. Seit Juni 2020 ist sie EVP-Grossrätin und engagiert sich besonders im Bereich Nachhaltigkeit.

Du kamst mit 17 Jahren in den Vorstand der EVP Burgdorf, warst sieben Jahre deren Präsidentin und neun Jahre Stadträtin. Als 31-Jährige wurdest du Grossrätin. Wie hast du den Unterschied von lokaler und kantonaler Politik erlebt?

Die Dimension der Geschäfte ist eine andere, in Burgdorf beschäftigten wir uns z. B. mit der Realisierung von Jugendherberge, Museum und Traulokal im Schloss Burgdorf. Auf kantonaler Ebene war es kürzlich ein neues Energiegesetz für den gesamten Kanton.

Im Grossen Rat hast du v. a. Vorstösse zu erneuerbaren Energien, Naturschutz, ÖV und Langsamverkehr eingereicht. Passend dazu bist du Mitglied der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission. Welche Ziele soll der Kanton in diesen Bereichen anstreben?

Der Kanton Bern soll spätestens im Jahr 2050 klimaneutral sein, dieses Ziel haben wir im September 2021 in der Kantonsverfassung verankert. Nun gilt es, konkrete Massnahmen

«**Das Engagement für eine nachhaltige Gesellschaft sehe ich auch als Einsatz für Gottes Schöpfung.**»

zum Senken des CO₂-Ausstosses umzusetzen: Förderung von einheimischer und erneuerbarer Energie (Wärme und Strom), Förderung und Erhalt von Biodiversität und Reduktion des fossilen Individualverkehrs. Für Letzteres braucht es einen attraktiven ÖV und gute, sichere Verkehrswege für Velos und Fussgänger/innen.



Tabea Bossard

Wie prägen dich christliche Werte bei diesen eher naturwissenschaftlichen Themen?

Gott schuf die Erde und gab uns den Auftrag, sie zu nutzen und zu ihrer Sorge zu tragen. Statt diesen Auftrag zu erfüllen, beuten wir den Planeten aus, auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren. Das Engagement der gesamten EVP-Fraktion für eine nachhaltige Gesellschaft sehe ich auch als Einsatz für Gottes Schöpfung.

Du bist in der Jenni Energietechnik in Oberburg verantwortlich für Personal und Marketing und Mitglied des Verwaltungsrats. Welche Anliegen hast du von da her an die Politik?

Das Engagement für eine baldige Energiewende und das Erreichen der Klimaziele. Die Energiewende schafft hier Arbeitsplätze und generiert regionale Wertschöpfung. Dies bringt mich zu einem weiteren Kernanliegen: Stärkung der dualen Berufsbildung, unter anderem, um dem Mangel an Handwerkerinnen und Handwerkern für die Energiewende entgegenzuwirken.

Interview: Christof Erne

Motivierte Kandidierende

Die «Berner EVP» fragte Grossrats-Kandidierende der Jungen EVP (*jevvp) aus allen Wahlkreisen, wofür sie sich nach einer Wahl in den Grossen Rat speziell einsetzen möchten.

Des candidat·e·s motivé·e·s

Le « PEV bernois » a interrogé des candidat·e·s du Jeune Parti évangélique (*jpevp) au Grand Conseil sur les causes qu'elles et ils souhaiteraient défendre en particulier une fois élu·e·s.

Biel/Bienne-Seeland



«Je rencontre dans mon métier des personnes précarisées à cause d'un revenu à peine trop élevé pour l'octroi d'aide (subside, bourse, etc.). La politique sociale a besoin d'une révision et les plus faibles de la société doivent être mieux accompagnés.»

*Kathleen Liechi
Conseillère de ville, Bienne*



«Als Jurist ist es mir ein grosses Anliegen, im Grossen Rat gestützt auf sachliche Diskussionen praktikable Lösungen zu erarbeiten, welche den unterschiedlichen Interessengruppen Rechnung tragen.»

Yannick Gloor, Biel

Emmental



«Mir liegt die Bekämpfung des Menschenhandels sehr am Herzen. Deshalb ist es essenziell, dass der Kanton Bern Massnahmen ergreift, um Frauen in der Prostitution vor Ausbeutung zu schützen. Es gibt keine Unterschiede in Wert und Würde eines Menschen!»

Julia Blaser, Stadträtin, Burgdorf

Jura bernois



«En tant que chrétien·ne·s si nous voulons avoir un impact sur notre région en appliquant nos principes, un siège au Grand Conseil est une opportunité de faire vraiment changer les choses sur des sujets d'actualité. C'est pourquoi je me suis mise en lice.»

Denise Augsburg, Cormoret

Mittelland-Nord



«Im Grossen Rat möchte ich mich für eine Politik einsetzen, die gute Kompromisse und mehrheitsfähige Lösungen fördert. Mein Herzensanliegen ist die Stärkung von platzsparendem und umweltfreundlichem Verkehr, insbesondere des Veloverkehrs.»

*Matthias Haller
Präsident EVP Ittigen*

Mittelland-Süd



«Ich setze mich für einen klimafreundlichen Kanton ein. Die Bewältigung der Klimakrise erfordert eine Zusammenarbeit zwischen den Generationen sowie zwischen Stadt und Land. Zudem braucht es neue Innovationen und Altbewährtes, das es wiederzuentdecken gilt.»

*Sarah Bach
Vorstand *jevvp CH, Schwarzenburg*

Oberaargau



«Mein Herzensanliegen sind Sternenkinder und ihre Angehörigen. Ich möchte eine Stimme sein für Menschen, die nicht auf eine grosse Lobby zählen können. Weiter setze ich mich für eine starke Bildung und gute Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen ein.»

*Janina Müller
Stadträtin, Langenthal*

Oberland



«Ich setze mich dafür ein, dass kommenden Generationen eine würdige und hoffnungsvolle Zukunft ermöglicht wird. Dazu braucht es ein lösungsorientiertes Miteinander der Generationen, der unterschiedlichen Kulturen und sozialen Schichten.»

Anja Schenk, Spiez

Stadt Bern



«Im Grossen Rat werde ich mich für alle Alternativen einsetzen, die ein gerechteres System fördern und die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufreissen lassen. An dieser Stelle schlägt mein theologisches Herz für die Menschen im Kanton.»

Marco Steinmann, Bern

Thun



«Im Rahmen meines Studiums zur Primarlehrerin ist mir unser Bildungswesen zu einem Herzensanliegen geworden. Der Druck beim Übertritt ist für viele Kinder enorm, so dass ich mich für eine Stärkung und neue Wertschätzung der Berufslehre einsetze.»

Danae Baumann, Seftigen

Stimmrechtsalter 16 als grosse Motivation



Neben den kantonalen Wahlen ist aus Sicht der Jungen EVP (*jevp) der kommende Abstimmungskampf zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 von grosser Bedeutung. Ein tieferes Stimmrechtsalter stellt für uns als Jungpartei eine grosse Chance und Motivation dar.

Mit dem aktiven Stimm- und Wahlrecht ab 16 wird die politische Partizipation für die Jungen attraktiver: Wir haben die Möglichkeit, jüngere Wählerschichten zu einem Engagement zu motivieren und diese als Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Zudem gibt es brennende Themen wie zum Beispiel der Klimawandel oder die finanzpolitischen Folgen der Corona-Krise,

die uns noch lange beschäftigen werden. Besonders betroffen sind wir Jungen ebenfalls bei der Finanzierung und Sicherung der Altersvorsorge. Aus all diesen Gründen finden wir es wichtig, dass das Stimmrechtsalter 16 in unserem Kanton Realität wird. Wir werden uns gemeinsam mit anderen Jungparteien im Abstimmungskampf für dieses Anliegen ein-

setzen. Selbstverständlich sind wir bemüht, unsere Regierungsratskandidatin Christine Grogg und die Kandidatinnen und Kandidaten der *jevp für die Wahl in den Grossen Rat möglichst gut zu unterstützen. Als Jungpartei bleiben wir auch in diesem Jahr aktiv am Ball.

*Jonas Meinen
Präsident *jevp Kanton Bern*



Jonas Meinen

FRAUENNETZWERK EVP BE

Komm ins Frauennetzwerk!

Am 29. und 30. Oktober 2021 trafen sich im Bundeshaus über 200 Frauen zur 2. schweizerischen Frauensession, um «die dringlichsten politischen Anliegen der Schweizer Frauen» zu sammeln, zu bearbeiten und als Forderungen ans Parlament weiterzureichen. Eigentlich sollte es gar nicht nötig sein, dass Frauen eine Frauensession organisieren müssen. Eigentlich sollten Frauen in der Politik wie auch in der Wirtschaft proportional dem Frauenanteil in der Bevölkerung vertreten sein. Für Frauen sollte ein politisches Engagement genauso selbstverständlich sein, wie es für die Männer ist. Und zwar in jedem



Susanne Gutbrod

Lebensabschnitt und ungeachtet ihrer familiären Verhältnisse. Diese Gedanken bewegen das Frauennetzwerk der EVP, Frauen

für die Politik zu sensibilisieren, «gluschtig» zu machen und zu motivieren. Als Leitungsteam organisieren wir Informationsanlässe und Workshops zu politisch aktuellen Themen und Besichtigungen von unbekanntem lokalen Sehenswürdigkeiten. Und wir treffen uns jeden 6. Januar zum Dreikönigintreffen zu einem gemütlichen Austausch unter Frauen. Möchtest auch du regelmässig eingeladen werden oder gar im Leitungsteam mitmachen? Dann melde dich doch bei mir (sud@gutbrod-kunkler.ch) und ich kontaktiere dich umgehend.

*Susanne Gutbrod
Frauennetzwerk EVP Kanton Bern*



AGENDA

Volksabstimmung
13. Februar 2022

**Ausserordentliche DV
EVP Kanton Bern**
10. März 2022, 19.30 Uhr
Nägelligasse 9, Bern

Frühlingssession Grosser Rat
7. – 24. März 2022

Ordentliche DV EVP Schweiz
26. März 2022

Grossrats- und Regierungsratswahlen
27. März 2022

**Wahlfeier und ordentliche DV
EVP Kanton Bern**
30. April 2022, 10.00 Uhr
Nägelligasse 9, Bern

Fokustag EVP Schweiz
14. Mai 2022

Volksabstimmung
15. Mai 2022

Frauentagung EVP Schweiz
21. Mai 2022

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktionsadresse: Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern, bevp@evp-be.ch

Inserate: Jordi AG, Belp, Urs Scharnowski Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch.

Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via www.evpbe.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.–, Freunde / Gönner: Fr. 3.– Postkonto 30-20312-1 (EVP)

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch Tel. 032 331 66 55

AUGENBLICK

Der Schlüssel zur Einheit

Es war ein Gedankenimpuls mitten im Alltag: «Ich könnte eigentlich mal wieder ein paar Leute einladen, um mit ihnen über Gottes Wirken in ihrem Leben auszutauschen.» Der Abend war schnell geplant: Ich würde Kuchen und heissen Apfelsaft bereitstellen, die Leute bräuchten lediglich ein persönliches Erlebnis mit Gott mitzubringen. Bei der Vorbereitung dieses Treffens gelangten mir ausrangierte Schlüssel in die Hände. Es schien mir, als wollte uns Gott

damit etwas sagen, und ich legte sie auf den Wohnzimmertisch.

Alle Eingeladenen waren gekommen. Unterschiedliche Leute füllten den Raum mit Wohlwollen, Offenheit und Freundlichkeit. Der Reihe nach erzählten wir einander, wie sich Gott in unseren Leben zeigt; z. B. durch eine Gebetsanhörung, durch geschenkte Arbeit oder durch Gottes Frieden, der aus einer verworrenen Situation herausführte.

Zum Schluss wurde mir Gottes Hinweis mit den Schlüsseln klar: «Die unterschiedlichen Sichtweisen der Anwesenden waren heute Abend nicht das Thema. Ich glaube, wir haben mit dem Fokus auf Jesus einen Schlüssel in der Hand, um in einer Zeit der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft eine Einheit zu leben, wie sie die Schweiz zur Zeit so sehr braucht.»

Esther Siegenthaler
Grossratskandidatin, Bolligen



Esther Siegenthaler

AUS DEN ORTSPARTEIEN

EVP-Aktivitäten in bernischen Gemeinden

EVP-Polit-Brunch in Biel

In Biel besuchten rund 30 Personen den Polit-Brunch der drei EVP-Ortsparteien Biel, Nidau



Philippe Messerli befragt Hans Stöckli.

und Aegerten-Brügg-Studen. EVP-Grossrat Philippe Messerli entlockte dem Interviewgast Hans Stöckli, Ständerat und früherer Bieler Stadtpräsident, viele interessante und persönliche Aussagen.

Burgdorfer Stadtratspräsidentin

Die EVP-Stadträtin Esther Liechti wurde einstimmig zur Stadtratspräsidentin 2022 gewählt. Die Pflegefachfrau mit



Esther Liechti

breitem sozialem Engagement ist seit gut fünf Jahren im Stadtrat aktiv.

Nachholbedarf in Buchsi

Die EVP Münchenbuchsee ist unzufrieden mit dem Hinauszögern von Investitionen in ihrer Gemeinde. Das räche sich bei den Schul- und Sportanlagen und womöglich beim Steuerfuss. Auf www.evp-buchsi.ch publiziert die Ortspartei einen Vergleich mit ähnlichen Gemeinden.

Beschwerde in Ittigen

Die EVP Ittigen wehrt sich zusammen mit SVP, SP und Grünen beim Regierungsstatthalteramt gegen eine Änderung der Verwaltungsverordnung, mit welcher der Gemeinderat einem unbequemen Ratsmitglied Geschäfte oder sein Ressort entziehen könnte.

Diskussion mit Gemeinderätin

Vor einer Volksabstimmung zum Abfallreglement war die zuständige Gemeinderätin Marieke Kruit bei der EVP Stadt Bern zu Gast. Nach einem persönlichen Einblick in ihr Amt gab Kruit Auskunft zum Abfallkonzept mit Farbsack-Trennsystem, das vom Volk später gutgeheissen wurde.

Anliegen der EVP Münsingen

Auf www.evp-muensingen.ch

legt die EVP-Ortspartei ihre auch für andere Gemeinden interessanten Themenschwerpunkte für die nächsten Jahre dar. Erläutert werden Anliegen zu den Themen Familie, Kinder, Bildung, Alter, Wirtschaft und Umwelt.

Wechsel in Steffisburg

Ende Januar tritt Thomas Schweizer nach 17 Jahren Behördenarbeit aus dem Grossen Gemein-

derat zurück. Sein Nachfolger wird Ernst Eggenberger.

Keine Entlastung für Frutigen

Der Frutiger Gemeinderat lehnte eine von 572 Dorfbewohnern unterzeichnete Petition der EVP und SP zur Verkehrssicherheit mit Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt ab. Die EVP ist enttäuscht, dass Personen mit besonderem Schutzbedarf nicht mehr Beachtung finden.

Aus dem Nationalrat

Die Nationalratsmitglieder der EVP – Marianne Streiff (BE), Lilian Studer (AG) und Nik Gugger (ZH) – informieren nach jeder Session in einem Sessionsbericht über die wichtigsten Geschäfte sowie ihre Voten und Vorstösse. In der letzten Session ging es unter anderem ums Covid-19-Gesetz, um Covid-Tests, die AHV- und BVG-Revision und ein Veloweggesetz.

Alle Sessionsberichte können heruntergeladen werden auf:

www.evppev.ch/politik/aus-dem-parlament

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

TB TRANSPARENT
BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

IDEA
«IDEA gibt mir wöchentlich einen guten Überblick, was in der evangelischen Welt und darüber hinaus von Bedeutung ist.»
Marc Jost,
Generalsekretär Schweizerische Evangelische Allianz
EVP Thun
Abonnieren auch Sie das Wochenmagazin IDEA.
Es kostet weniger als eine Tasse Kaffee pro Woche und Sie bleiben auf dem Laufenden. Erfahren Sie, wie Gott in der Gesellschaft wirkt!
www.ideaschweiz.ch

Le 27 mars, le PEV veut conserver les dix mandats actuels au Grand Conseil.

Le 13 février, les citoyen-ne-s se prononceront sur cinq objets de votation.



Photos: PEV



Christine Grogg, candidate au Conseil-exécutif; le groupe parlementaire PEV actuel au Grand Conseil.

ÉLECTIONS AU CONSEIL-EXÉCUTIF ET AU GRAND CONSEIL 2022

Confiants pour les élections cantonales



Les élections au Grand Conseil et au Conseil-exécutif du canton de Berne auront lieu le 27 mars 2022. En tant que PEV, nous voulons conserver les dix mandats actuels au Grand Conseil et gagner deux sièges supplémentaires.

Le besoin d'une politique orientée vers la recherche de solutions et le déblocage des situations n'a probablement jamais été aussi important qu'aujourd'hui. La division ne nous fait pas avancer. En tant que

groupe parlementaire du PEV, nous sommes cinq députées et cinq députés à siéger à l'Hôtel du gouvernement en tant que force politique unificatrice et équilibrante au Grand Conseil. Au cours de la législature actuelle,

les député-e-s du PEV ont mis l'accent sur les domaines de la formation, de l'environnement, de l'énergie et de la numérisation. Les dix député-e-s actuelles du PEV se représentent toutes et tous le 27 mars.

Pour les élections au Conseil-exécutif, le PEV se lance dans la course avec Christine Grogg, agricultrice et députée de Haute-Argovie. En tant que véritable politicienne du centre, elle veut construire des ponts entre les blocs politiques au sein du gouvernement et s'engager pour une meilleure cohabitation dans le canton.

Le taux de participation ne sera probablement que d'environ 30 %, comme lors des dernières élections. Pour nous, en tant que PEV avec une base très fidèle, cela représente une grande chance. Si nous parvenons à mobiliser nos « propres » électrices et électeurs et à les motiver à voter, une nette augmentation du pourcentage du vote et donc l'obtention de sièges supplémentaires sont possibles. Merci de nous soutenir dans cette démarche.

Ruedi Löffel, co-secrétaire général du PEV BE, ancien député
Philippe Messerli, co-secrétaire général du PEV BE, député

VOTATION CANTONALE DU 13 FÉVRIER

Imposition moderne des véhicules routiers

Ces dernières années, le marché automobile a connu de profonds changements. Des voitures nettement plus puissantes et plus lourdes ainsi que davantage de véhicules 4x4 sont apparus sur le marché. Cela entraîne une augmentation des émissions polluantes et des dommages à l'infrastructure routière.

Depuis 2013, la part des voitures présentant la pire efficacité énergétique, en classe G, est passée de 6,3 % à 30,5 %, tandis que le poids moyen est passé de 1502 à 1692 kg. Mais en 2021, on a également mis en circulation 70 % de voitures électriques de plus qu'en 2020. Aujourd'hui, les voitures plus petites et plus

légères sont taxées disproportionnellement. Cela est injuste et ne motive pas le passage à des véhicules plus respectueux de l'environnement.

Tous ces changements, ainsi que l'article sur la protection du climat dans la Constitution bernoise, approuvé par le peuple, ont incité le Conseil-exécutif à adapter la loi sur l'imposition des véhicules routiers. Le projet de loi se base sur une motion adoptée par le Grand Conseil en 2019 pour une taxation écologique des véhicules à moteur.

La modification de la loi prévoit de taxer davantage les véhicules lourds très polluants, à l'exception des véhicules utilisés à des

fins commerciales et agricoles. Les voitures électriques seront taxées en fonction de leur poids, conformément au principe de causalité. La majorité du Grand Conseil est convaincue qu'une imposition des véhicules en fonction de leur poids et de leurs émissions de CO₂ permettra d'atteindre l'effet incitatif visé par la politique environnementale. Des recettes supplémentaires de 40 millions de francs sont attendues. Celles-ci doivent être utilisées pour réduire les impôts des personnes physiques. La loi ainsi révisée crée les incitations financières nécessaires, est moderne et tient compte de l'évolution technologique. Rouler



Hanspeter Steiner

propre, économiser des impôts. Oui à un impôt moderne sur les véhicules!

Hanspeter Steiner, député, Vechigen

Une session d'hiver très chargée



L'ordre du jour de cette session était très chargé. Elle a débuté par une discussion sur les mesures de protection concernant le Covid-19. Les député-e-s ont choisi de siéger avec un masque et une bonne partie d'entre eux se sont soumis volontairement à des tests de dépistage.

La session a été marquée par une journée du bilinguisme, la plupart des intervenant-e-s, dont **Christine Grogg**, se sont donné la peine de s'exprimer dans la deuxième langue du canton. Dans le cadre de la révision de la loi sur la haute école pédagogique (HEP) bernoise, l'admission possible de candidat-e-s à la HEP avec une maturité professionnelle sans examen préalable a été très débattue et finalement acceptée contre la majorité de notre fraction.

Tom Gerber a invité le plenum à accepter le rapport de la commission de gestion concernant la vente de la parcelle du « Viererfeld » à Berne, même si le canton ne saura jamais combien de millions il a perdu dans cette

transaction immobilière particulièrement mal documentée.

Philippe Messerli a défendu l'introduction du droit de vote à 16 ans qui a été accepté par le parlement, mais qui devra encore recevoir l'aval de la population bernoise.

Tabea Bossard-Jenni s'est engagée sans succès pour un article sur l'énergie solaire et une interdiction des nouveaux chauffages à mazout dans la loi sur l'énergie. Nous aurons malgré tout une loi qui va dans la bonne direction, mais avec une politique des tout petits pas.

Lors du débat sur le budget notre fraction s'est engagée avec succès pour une augmentation du pot de subventionnement

pour la transition énergétique.

Par la voix de **Barbara Streit-Stettler**, le groupe du PEV a refusé autant les grandes dépenses supplémentaires que les vœux d'augmentation de l'imposition. Cependant le groupe parlementaire aurait souhaité des mesures salariales un peu plus étoffées en faveur du personnel des soins. Le Grand Conseil a fini par accepter un budget tout de même largement déficitaire d'un peu plus de 80 millions de francs.

Hanspeter Steiner a défendu avec beaucoup d'engagement et finalement avec succès que les requérant-e-s d'asile débouté-e-s obtiennent l'aide d'urgence lorsqu'ils sont logés chez des privés et ceci grâce à une alliance du centre forte.



Tom Gerber

Les parlementaires se sont quittés avec plus de deux journées d'ordre du jour reportées à une troisième semaine de session au printemps.

Tom Gerber, député, Reconvilier

🇨🇭 VOTATION FÉDÉRALE DU 13 FÉVRIER

Oui à la protection de la jeunesse et à la justice fiscale



Le PEV Suisse ainsi que celui du canton de Berne se prononcent en faveur de l'initiative pour la protection des enfants et des jeunes contre la publicité pour le tabac et la loi sur des mesures en faveur des médias. Cependant le PEV dit non à la suppression des droits de timbre et à l'initiative pour l'interdiction de l'expérimentation animale et humaine.

Publicité pour le tabac : La loi permet la publicité pour le tabac dans les journaux gratuits et lors des festivals, afin de rendre les jeunes dépendant-e-s de la nicotine dès leur plus jeune âge. L'initiative pour la protection des enfants et des jeunes contre la publicité pour le tabac veut

interdire cette pratique.

Des mesures en faveur des médias : En ces temps de « fake news », de désinformation et de baisse des recettes, il est juste de prendre des mesures en faveur des médias. Cela contribue au maintien de la diversité des médias et d'un

journalisme de qualité.

Les droits de timbre : La suppression partielle du droit de timbre n'a rien à faire avec une justice fiscale. Le secteur financier est déjà exonéré de la TVA et les grandes entreprises ont déjà bénéficié des réformes de l'imposition des entreprises 1 et

2 et de la réforme fiscale 2019.

L'interdiction de l'expérimentation animale et humaine :

Cette initiative interdit tout et ne permet plus aucune pesée des intérêts. Elle entraînerait de dangereux problèmes d'approvisionnement en biens médicaux.

PEV CH



VOTATIONS du 13. fév. 2022

Infos:

evp-be.ch et evppev.ch/fr/votations

	Imposition des véhicules routiers	OUI
	Contre l'expérimentation animale et humaine	NON
	Protection contre la publicité pour le tabac	OUI
	Loi sur les droits de timbre	NON
	Loi sur un train de mesures en faveur des médias	OUI